

Freie Presse

Abonnementpreis: Die halbjährliche Abonnementsgebühr 50 Pfg. — Ausland 50 Pfg.
Die vierteljährliche Abonnementsgebühr 25 Pfg. — Für die Vierteljahrs-Beiträge
Abonnementpreis 10 Pfg. — 7 Pfg. abwärts.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag mitternachts. Die Zeit-
ung ist in Lodz und Umgebung wöchentlich 1 Mal 50 Pfg. wöchentlich 1 Mal
bei Postbestellung 1.15 Pfg. wöchentlich 1 Mal.

Nr. 126

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Die Macht des Siegers.

Der Holländer Dr. Dillon äußert folgende charakteristische Auffassung über den Friedensvertrag: „Er ist nicht auf der Basis der vierzehn Punkte verfaßt, wie ursprünglich beabsichtigt, noch nach dem alten Schema des Machtgleichgewichts. Er ist ein Kompromiß, das viele Nachteile beider Prinzipien in sich vereinigt und im übrigen keinen ihrer Vorteile enthält. Künftige Kriege verhindert er keineswegs, wird aber vielleicht ihre Zahl vermehren. Frankreich ist wirklich zufrieden. Frankreich dauernd gegen Deutschland zu sichern, schien manchen eine unmögliche Aufgabe, es sei denn, daß man die volle Macht des Siegers gegenüber dem Besiegten ausübte. Man fürchtete, daß Wilson mit seinem strengen Gerechtigkeitsbegriff und seiner Begierde nach einem kommenden Völkervertrag dies verhindern würde. Alle diese Befürchtungen sind am 7. Mai fortgeblasen worden, und über Frankreich liegt Sonnenschein. Die Frage blieb, ob das über die Deutschen gefällte Urteil auf die Dauer sich durchführen lasse. Der Geheimrat der Vier hat die Frage mit Ja beantwortet. Vom teutonischen Standpunkt aus ist daher der Friedensvertrag mit Recht als Todesurteil zu betrachten, das nicht nur das Kaiserreich trifft, auch Deutschlands wirtschaftliche Anstrengungen werden in bestimmten Grenzen eingeschränkt bleiben. Seine Bevölkerung wird indirekt von der Ausdehnung über bestimmte Grenzen hinaus zurückgehalten werden. Anstatt Waren zu exportieren, wird es menschliche Wesen exportieren müssen, deren Intelligenz und Fähigkeit von den Rivalen ihrer eigenen Rasse benutzt werden wird. Die, die in der Heimat bleiben, werden nicht Herren des eigenen Hauses sein, und seine Türen werden immer fremden Kommissionen offenstehen. Wenn Deutschland in den Völkervertrag eintritt, wird es nur ein fünftes Rad am Wagen sein. Dagegen wird der militärische Dreieck von kleineren Staaten, die bereit sind, als Schildwachen zu dienen, umgeben werden. Man wird auch in Zukunft von der Voraussetzung ausgehen, daß die Welt geteilt bleibt zwischen den Freunden und den Feinden der Freiheit, des Rechtes und der Gerechtigkeit.“

In einem weiteren Abschnitt spricht Dillon über den „Papierfrieden“. „Mehr und mehr wird es wahrnehmbar“, sagt Dillon, „daß Deutschland den Vertrag, den seine Delegierten vielleicht nicht einmal unterzeichnen werden, in einen Papierfrieden zu verwandeln versuchen wird.“ Dillon hat niemals die allgemeine Meinung der Alliierten geteilt, daß das völlig niedergebückte Deutschland nur wuschle, alles zu unterschreiben und alles auszuführen. Graf Brodorsky-Kanhan habe am Mittwoch bereits den Eindruck gemacht, daß es da Grenzen gebe. „Die Alliierten rücken bereits zusammen, um in einer einheitlichen Front einen überwältigenden Druck auf Deutschland auszuüben. Sie sind entschlossen, keine Zeit zwischen passiver Resistenz, falls sie ausgeübt wird, und militärischem Zwang zu lassen, aber“, fährt Dillon fort, „wir dürfen, so wenig wie die französischen Staatsmänner, uns selbst die schmerzliche Tatsache vergegenwärtigen, daß die dem deutschen Volke auferlegte Buße nur mit Gewalt erzwungen werden kann, und nur so lange, als diese Gewalt wirklich ausgeübt wird. Deutschland kann den Alliierten nur passiv widerstehen, aber selbst diese Haltung kann peinliche Komplikationen überall herbeiführen. Erhöht wird sie wahrscheinlich angewendet werden. Augenscheinlich läuft die Sache darauf hinaus, daß die alliierten Mächte sich gezwungen fühlen werden, die Verwaltung der von den deutschen Völkern bewohnten Gebiete zu übernehmen und dabei das Risiko zu laufen, das in der Berührung mit den versinnigten Bolschewisten liegt. Was aber auch geschehe, niemand kann aufrichtig glauben, daß selbst die feierlichsten Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt werden, länger dauern als der reine Zwang, der zu ihrer Durchführung ausgeübt wird.“

In holländischen Entente-Kreisen verlautet, daß Deutschland von dem entscheidenden Momente ab die höheren Beamten der Verwaltung und wahrscheinlich auch der Gerichte außer Dienst stellen und dadurch die Alliierten in vollem Maße in die Lage bringen wird, die Verantwortung, die sie für das Schicksal Deutschlands durch die Friedensbedingungen übernommen haben, tatsächlich und unbehindert zu tragen.

Reuters Bureau verbreitet, Präsident Wilson sei der Ansicht, daß die Deutschen über einen bestimmten Termin hinaus die Verhandlungen nicht verlängern dürfen und am 15. Juni alles erledigt sein müsse. So lange bleibt Wilson auch in Paris.

Optimismus in Paris.

Paris, 17. Mai. (P. A. T. Havas.)

Die „Chicago Tribune“ versichert, daß in den Kreisen der Friedenskonferenz Optimismus herrsche. Man nimmt an, daß Deutschland den Vertrag vor Ablauf der nächsten Woche unterschreiben könnte. Die Deutschen hätten eine solche Eventualität zu erkennen gegeben. Dasselbe Blatt meldet, daß Wilson gestern die Delegierten verschiedener kleiner Völker empfangen habe.

Paris, 17. Mai. (P. A. T. Havas.)

Das „Echo de Paris“ bestätigt die Nachricht, daß der vollständige Friedensvertrag vor der Unterzeichnung bekanntgegeben wird und fügt hinzu, daß die Kommissionen des Hauses sich wahrscheinlich in der nächsten Woche mit ihm beschäftigen werden.

Lyon, 17. Mai. (P. A. T. Havas.)

Der Rat der 5 Minister des Auswärtigen wird sich Montag nachmittag versammeln, um zusammen mit den Delegierten Hollands und Belgiens den Vertrag vom Jahre 1839 einer Revision zu unterziehen. Der Rat wird sich darüber äußern, ob alle Vorbedingungen erfüllt sind, die den Deutschen überreicht wurden.

Paris, 17. Mai. (P. A. T. Havas.)

Der Viererrat wird morgen endgültig den Inhalt der Antwort auf den Protest des Grafen Brodorsky-Kanhan gegen die Befestigung des linken Rheinufers und des Saarbeckens festlegen. Die 5 Außenminister der Großmächte nahmen den Bericht der Kommission für die Fragen der Grenzen Bulgariens entgegen. Der „Matin“ meldet, daß fast in allen Punkten, die die Verletzung der serbisch-bulgarischen Grenze betreffen, der serbische Standpunkt anerkannt wurde. Die „Daily Mail“ meldet, daß die bulgarischen Friedensdelegierten nach Saloniki berufen werden, aber erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland und Österreich.

Was Österreich erhält.

Prag, 18. Mai. (P. A. T.)

Der Wiener Korrespondent der „Romaforma“ erzählt aus maßgebenden Entente-Kreisen, daß Österreich das ungarische Gebiet bis zum Fluße Raabe erhalten wird. Pariser Blätter melden, daß die Ueberreichung der Vollmachten der österreichischen Delegierten wahrscheinlich am Montag stattfinden wird.

Zollunion.

Paris, 17. Mai. (P. A. T. Havas.)

Die Wirtschaftskommission unter dem Vorsitz Clemenceaus beschäftigte sich gestern mit der Zollunion zwischen den Gebieten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie. In dieser Angelegenheit schreibt der „Matin“: Die wirtschaftliche Seite dieses Problems ist verwickelt. Es ist unmöglich an eine Zollunion zu denken, die einen Teil der früheren Monarchie in sich aufnehmen würde, da diese Union nicht nur Österreich, die Tschechoslowakei und Ungarn, sondern außerdem Italien, Serbien, Rumänien und Polen umfassen würde. Es wäre aber ein Paradoxon, in die Zollunion allein Teile der Länder einzuführen, die zum Kaiserreich der Habsburger gehörten und auf diese Weise eine Zollbarriere innerhalb dieses Staats zu schaffen. Und doch wurde gerade diese Lösung vorgeschlagen. Dieses Problem wird aus Rücksicht auf seine Schwierigkeit der Kompetenz des Viererrates unterworfen werden.

Das Schicksal Konstantinopels.

Paris, 17. Mai. (P. A. T. Havas.)

Dem „Petit Journal“ zufolge ist anzunehmen, daß über das Schicksal Konstantinopels bereits beschlossen worden ist. Die Hauptstadt des osmanischen Reiches wird danach Eigentum der Völkerliga. Amerika, so berichtet die Zeitung weiter, forderte anfänglich für sich ein

Mandat; auf Wunsch Lloyd Georges wurde jedoch beschlossen, dieses Mandat den Vereinigten Staaten, Frankreich und England anzuvertrauen.

Frankreich und Italien.

Paris, 17. Mai. (P. A. T. Havas.)

Ribot, der frühere Ministerpräsident, hat einem Mitarbeiter des „Franco-Italie“ erklärt, er sei davon überzeugt, daß es gelingen werde, die Angelegenheit glücklicherweise zu lösen. Er ist der Ansicht, daß Frankreich und Italien, sowohl jetzt, als auch in Zukunft Freunde bleiben, wie sie es während des Krieges waren.

Tschitscherin an das

deutsche Poletariat.

Der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, sendet, wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ erfahren, folgenden Funkspruch an das deutsche arbeitende Volk:

„In dieser schweren Stunde, da die deutschen arbeitenden Massen eine furchtbare Prüfung unter den Schlägen des flegelreichen Imperialismus durchleben, senden ihnen die revolutionären Arbeiter und Bauern Russlands ihre brüderlichen Grüße und den Ausdruck ihrer Teilnahme, Sympathie und Arbeiter-solidarität. Der Imperialismus der Ententeländer hat seine Gegner zu Boden geworfen und feiert jetzt sein Siegesfest, welches jedoch — wir bezweifeln es nicht — von kurzer Dauer sein wird. Der gegenwärtige Imperialismus trachtet nur danach, das besiegte Volk, das bisher sein Gegner war, empfindlicher zu treffen, es vollkommener auszusaugen und es zu seinem ewigen Gefangenen und Sklaven zu machen. Unerhörte Knechtschaft, unerhörte Knechtschaft, das bedeutet für das deutsche werktätige Volk der sogenannte Friedensvertrag, der ihm von den entmenschten Siegern schamlos aufgedrungen wird. Keine Gewalt, Verbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entkräftete deutsche Volk nötigt. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden ihm entzogen, seine kostbaren Naturschätze werden ihm genommen, es wird gezwungen, eine so unerhörte Kontribution zu zahlen, daß selbst wenn das ganze deutsche Volk Tag und Nacht ausschließlich für die Befriedigung seiner Besieger arbeitete, es dann noch nicht imstande sein würde, mit dieser Last fertig zu werden. Es wird so gründlich entwaftet, daß in jedem Augenblick der Sieger ins Innerste seines Landes wird eindringen können, um die letzten Stöße zu versetzen.“

Tschitscherin versichert, daß die werktätigen Massen Russlands die schweren Leiden der Arbeiter und Bauern Deutschlands brüderlich mitempfunden werden. Er weist ferner darauf hin, daß schon die grenzenlose Schamlosigkeit und Bestialität des jede Vernunft vergessenen Siegers allein ein Beweis ist, daß deren Welt der Gewalttätigkeit am Vorabend des endgültigen Unterganges steht. Zum Schluß hebt Tschitscherin hervor, daß in der unaufhaltsam wachsenden Weltrevolution der arbeitenden Massen in der brüderlichen revolutionären Solidarität der Arbeiter aller Länder und in der internationalen revolutionären Einigung das Pfand zur baldigen Befreiung Deutschlands liegt.

Eine ungarische Gegenregierung.

Wiener Blätter melden aus Arab, daß sich dort am 5. Mai unter dem Präsidium eines Beters Michael Karolyi, des Grafen Julius Karolyi, welcher bisher politisch nicht hervorgetreten ist, eine Gegenregierung gebildet habe. Das Portefeuille des Ministeriums des Äußern übernahm der frühere Generalkonsul, Baron Julius Borneo Nissa, das des Krieges General Bolban Szabo, die übrigen Portefeuilles übernahmen Aderer Persönlichkeiten. Im Manifest der neuen Regierung bezeichnet diese als Hauptaufgabe, die durch den Bolschewismus angerichteten Schäden gut zu machen und die Herrschaft von Ordnung und Recht wieder herzustellen. Das Kabinett bezeichnet sich selbst als ein Übergangskabinett, das nur so lange im Amt bleiben wolle, bis eine aus Vertretern aller Landesparteien hervorgegangene Regierung gebildet sein werde. Im Manifest wird schließlich betont, daß die Entente sowohl über die Konstituierung der neuen Regierung, als auch über die vorbereiteten Arbeiten dazu verständigt wurde.

Um Polens Grenzen.

Generalsstabsbericht vom 18. Mai.

Galizische Front: Unsere Aktion in Ostgalizien entwickelt sich im weiteren Verlaufe günstig.

Wohynische Front: An der ganzen Front südlich von Luck gelangten wir an den Styr.

Litauisch-weißrussische Front: Ohne Veränderung.

In Vertretung des Chefs des Generalstabes
Haller, Oberst.

Lofales.

Lodz, den 19. Mai.

Die mangelhafte Verpflegung von Lodz. Gestern um 4 Uhr nachmittags fand im Magistrat eine Sitzung in Angelegenheit der Verpflegung von Lodz statt. Anwesend waren die Lodzer Reichstagsabgeordneten, die Stadtverordneten, die Direktoren des Verpflegungsamtes, die Schöffen und der Referent des Verpflegungskommissariats. Den Vorsitz führte Präsident Jzewski. Nach einer Aussprache über die Verpflegung der Stadt Lodz wurde beschlossen, den Reichstag wegen der mangelhaften Verpflegung von Lodz zu interpellieren. Heute fährt zusammen mit den Lodzer Reichstagsabgeordneten eine Abordnung nach Warschau, die beim Ministerpräsidenten Paderewski und den Ministern des Innern und für Verpflegung vorsprechen, um für die Stadt Vorräte zu beschaffen.

Billiges Roggenbrot. Angesichts der eingetretenen Unterbrechung in der Zustellung von amerikanischem Weizenmehl wird das Brot und Mehlverteilungskomitee von heute ab Brot aus amerikanischem Roggenmehl verkaufen. Bis zum Abschluß der 102. Brotartenperiode bleibt der bisherige Preis von 35 Pfg. für das Pfund beibehalten.

Staatsanleihe. Der Magistrat hat beschlossen, in der Stadthauptkasse den Verkauf von polnischen Staatsanleihen aufzunehmen.

Zum Ausfall in der Gasanstalt. Da die Arbeiter der Gasanstalt neuerdings Lohnforderungen gestellt haben, hat sich die Verwaltung nach Warschau zum Minister des Innern begeben, um ihm die Sache vorzutragen. Die Arbeiter, die bisher eine Kriegsentlohnung verlangten, fordern jetzt eine Zulage in der Höhe von 50 Proz. ihres Lohnes. Der Magistrat hat der Verwaltung der Gasanstalt ein Ultimatum gestellt; wenn innerhalb einer Woche der Konflikt nicht beigelegt wird, wird der Konflikt vom Magistrat aufgelöst und die Gasanstalt vom Staate zwangsweise in Betrieb gesetzt werden.

Eine russische Kirche in ein katholisches Gotteshaus umgeweiht. Gestern vollzog Prälat Tymieniecki die Weihe der katholischen Kirche in der Jekaterinburger Straße, die früher russische Garnisonkirche war. Vor dem provisorischen Altar las der Geistliche in Anwesenheit des Präfecten Wyszynski und Militärkaplans Nefinski und in Anwesenheit des Militärkaplans Barzynski, eine feierliche Messe, worauf er die Weihe der Kirche vollzog und eine Predigt hielt. Der Marienchor der St. Stanislaus-Kirche sang mehrere Lieder. Der Zeremonie wohnten bei: General Ostasi, Oberst Jankowski, der ganze Offiziersstab und viel andere Militärs.

Eine Tagung in der Frage der Fachschulen. Die Sektion für Fachschulbildung des Unterrichtsministeriums beruft für den 29., 30. und 31. Mai in Lodz eine Tagung in der Frage der Errichtung und Leitung von Fachschulen im Lodzer Industriebezirk ein. Mit der Organisation der Tagung wird sich der Sekretär des Lodzer Vorkommissees, Herr Ramowicz, befassen.

Russische Offiziere in Lodz. Während der Einnahme Wilnas durch die polnischen Truppen ergab sich den Polen eine größere Anzahl russischer Militärs aller Dienstgrade, um in die auf Seiten der Entente kämpfenden Armeen zu gelangen. Gegenwärtig sind in Lodz 250 solcher Russen untergebracht, die bei Wilna zu den Polen überliefen, um unter das Kommando Kotschisch oder Denikins zu gelangen. Sie unterstehen dem

